

Sachstandbericht

- Nachfolge von Herrn Dr. Michael Welschehold
Im Sommer 2023 wird Dr. Welschehold seine langjährige Tätigkeit beim Krisendienst beenden und in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Selbstverständlich wird er seine Nachfolge ausführlich einarbeiten weiterhin bei Bedarf beratend zur Seite stehen.
Seine Stelle als Prokurist wird bereits Ende 2022 vom kbo-IAK ausgeschrieben und zum 01.07.2023 mit Martin Guth nachbesetzt. Martin Guth ist aktuell als Gebietskoordinator der Region 10 sowie in den Stabsstellen Öffentlichkeitsarbeit und Qualitätsmanagement der Krisendienst Psychiatrie Oberbayern gGmbH tätig. Mit dem Wechsel von Martin Guth als Nachfolger von Dr. Welschehold wird die Stelle der Gebietskoordination mit Stabsstellenaufgaben neu besetzt. Bewerbungsgespräche hierzu laufen bereits.
- Die Umsetzung des am 12.03.2020 vom SozGA verabschiedeten Organigramms ist weitgehend vollzogen
 - Die Anstellung der Gebietskoordinatoren und Verwaltungskräfte beim Krisendienst bzw. beim ARGE e.V. ist innerhalb der dafür angedachten Frist von 18 Monaten umgesetzt. Somit sind alle Gebietskoordinationen und deren Verwaltungskräfte beim ARGE e.V. angestellt (Bis auf die Verwaltungskraft in Region 18 – hier erfolgt der Übergang im Sommer 2023).
 - Der Netzwerkkooperationsvertrag, welcher in Anlehnung an das Organigramm die Aufgaben der beteiligten Partner beschreibt und die Zusammenarbeit im Netzwerk regelt beinhaltet, ist bis auf einzelne Anlagen erstellt.
 - Die in der Geschäftsstelle vorgesehenen Stabsstellen (Öffentlichkeitsarbeit, Qualitätsmanagement, Schulungen, strategische Weiterentwicklung, Wissens- und Infomanagement) sind etabliert und arbeiten erfolgreich an den Themen.
 - Neben den Stabsstellen gibt es noch Kooperationsbeauftragte. Sie sind u. a. für die Kooperation mit der Polizei, den Kreisverwaltungs- und Unterbringungsbehörden, den Angehörigen- und Betroffenenverbänden sowie dem Rettungsdienst zuständig.
Die gute Kooperation mit der Polizei wird u. a. durch Kooperationsgespräche und Schulungen weiter ausgebaut. So werden in Abstimmung mit dem Präsidium der Bereitschaftspolizei Bamberg ab Frühjahr 2023 - in Absprache mit allen Krisendiensten in Bayern - an allen Ausbildungsstandorten in Bayern die künftigen Bereitschaftspoliziste:innen über die Krisendienste und deren Angebot informiert (geschult). Auch mit den anderen Behörden sowie Verbänden sind wir im Austausch und wollen dies 2023 intensivieren.
- Die Geschäftsstelle hat die buchhalterischen Abläufe sehr gut etabliert und die internen wie externen Strukturen an die geltenden QM-Standards angepasst. Hierzu gehört auch die Setzung von Jahreszielen. Das Jahresziel 2023 lautet „Barrierefreiheit“. Hierzu im Einzelnen:
 - Fremdsprachige Anrufe: Einbindung des Telefondolmetscherdienstes Dolatel in einer sechsmonatigen Modellphase von Juni bis November 2022. Der Dolmetscherdienst bietet Übersetzer in fast alle Sprachen und steht allen Anrufern der Leitstelle bei Bedarf zur Verfügung. Der Fortführung dieses Angebotes über den Modellzeitraum hinaus wurde vom Staatsministerium für Gesundheit und Pflege bereits zugestimmt. 2023 erfolgt die öffentliche Bewerbung des Angebotes.
 - Leichte Sprache: Seit 2022 gibt es Flyer in leichter Sprache. Weiter in Überlegung die Hinzunahme der Blindenschrift sowie leichte Zugänglichkeit über die Einbindung des QR-Codes insbesondere für jüngere Menschen.
 - Weitere Bekanntmachung des Krisendienstes durch bayernweite Öffentlichkeitsarbeit auch 2023
 - In Planung: Pilotprojekt Gebärdendolmetscher Thess
- Zahlen und Statistiken: Der Jahresbericht ist in Arbeit und in Kürze auf unserer Webseite zu finden.

- Die Träger der ausrückenden Teams haben sich entsprechend dem vom SozGA am 12.02.2020 verabschiedeten Organigramm in den letzten Jahren im AK Psychosoziale Versorgung neu organisiert, sich eine Geschäftsordnung gegeben und sind in der finalen Phase des Abschlusses eines neuen Netzwerkkooperationsvertrages zwischen den am Krisendienst Psychiatrie Oberbayern beteiligten Stellen. Parallel wurde inzwischen der oberbayernweite Ausbau der 24-Stunden-Ausrückzeiten erfolgreich umgesetzt, die Nachtteams in allen Regionen aufgebaut und fachlich qualifiziert eingearbeitet.
- In seiner Sitzung am 5. Dezember 2022 beschloss der Arbeitskreis Psychosoziale Versorgung, die Anzahl der AWF-Teams ab 1. Juli 2023 zu reduzieren. Derzeit sind die Teams, von denen es in jedem Landkreis ein eigenes gibt, außerhalb der Region München nur zu 5% ausgelastet, was dazu führt, dass manche Mitarbeitende gar nicht bis selten ausrücken und dadurch nicht in Übung sind für die Ausrückeinsätze. Auch nach der Zusammenlegung von zwei Landkreisen zu einem gemeinsamen AWF-Team werden in der neuen Struktur die Qualitätsstandards der Krisendienste Bayern ausdrücklich eingehalten: Weiterhin werden zwei Fachkräfte binnen einer Stunde bei den Klient*innen vor Ort sein. Außerdem sind die verbleibenden Kräfte wesentlich mehr in Übung, die Ausrückeinsätze gewinnen so an Qualität. Durch die Zusammenlegung von AWF-Teams werden deren Träger aktuell Zuschüsse von 19,2 VzÄ weniger abrufen und dies erst wieder anpassen, wenn sich neue Bedarfe explizit ergeben. Die Veränderung findet außerhalb Stadt- und Landkreis München statt. In Stadt- und Landkreis München sind die Ausrückteams sehr gut ausgelastet und mussten in den letzten Monaten aufgestockt werden.
- Im Zuge der neuen AWF-Struktur wird die Unterfinanzierung der Nacht-Teams ausgeglichen. Nacht-Teams rufen ab 2024 je Team 2,9 statt bisher 2,8 VzÄ ab. Nach den ersten beiden Jahren sehen die Träger, dass die Personalkostenpauschale für die Nacht-Teams durchschnittlich 8.300 € unter den realen Personalkosten für die Nachtdienste liegt. Dieses Defizit wird durch die Anpassung der VzÄ auf 2,9 ausgeglichen.
- Durch die neue Struktur gehen die Träger verantwortlich mit den zur Verfügung gestellten Mitteln um und entwickeln den Krisendienst Psychiatrie Oberbayern bedarfsgerecht und ohne Verlust der Qualität weiter.
- Die Einsparung liegt bei rund 1,5 Millionen Euro jährlich.
- Vom Krisendienst Psychiatrie Oberbayern werden aktuell Weiterentwicklungsbedarfe in strategisch bedeutenden Themen gesehen, wie z.B. die Kooperation mit den Polizeidienststellen in Oberbayern (incl. durchzuführender Schulung der Polizist*innen) und den hiesigen Rettungsdiensten sowie der Öffnung hin zu digitalen Medien mit Online-Krisen-Angeboten. Diese Bedarfe anzugehen und voranzutreiben würde einem aktuell geschätzten Personalbedarf von ca. 3 VzÄ entsprechen. Nach einer konzeptionellen Aufbereitung werden diese Themen zwischen der Geschäftsstelle des Krisendienstes und der Sozialverwaltung diskutiert.